



An die Medien im Kanton Aargau

27.03.2014

Medienmitteilung zur Parolenfassung der Aargauer BDP für Abstimmungen vom 18. Mai 2014

Ja zur Sicherheit und Nein zu Mindestlöhnen

Der Gripenfonds wird von der Aargauer BDP deutlich angenommen, während die Mindestlohninitiative ebenso deutlich abgelehnt wird. Die Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ wird zur Annahme empfohlen, wie auch die medizinische Grundversorgung. Die populistische kantonale Volksinitiative für Mundart im Kindergarten wird von der BDP hingegen abgelehnt.

Für die Vorstellung der Vorlage über den Gripenfonds konnte die BDP einen Referenten finden, der die Vorlage bestens kennt: Oberst i Gst Peter Merz, Chef Einführung GRIPEN. Er zeigte auf, dass es nebst Drohnen und anderen Mitteln nach wie vor auch Kampfflugzeuge braucht, um den Luftraum zu sichern. Die Tiger sind veraltet und müssen ersetzt werden. Dank der modernen Technologie müssen nicht alle Tiger ersetzt werden, weshalb man vom Teilersatz spricht. Nach einer ausgiebigen Diskussion sprachen sich die Mitglieder mit 30:2 für die Vorlage zur Gripen-Beschaffung aus.

Philippe Tschopp von der JBDP stellte die Mindestlohninitiative vor. Auf den ersten Blick töne die Vorlage verführerisch, doch wenn man genau hinschaue, würde sie nur zu vielen Problemen führen. Warum sollte ein Schulabgänger noch eine Berufslehre machen, wenn er so oder so einen Mindestlohn verdient? Wie viele Jobs werden verloren gehen, wenn die Schweiz den weltweit höchsten Mindestlohn einführt? In fast allen Branchen und Regionen gibt es Lohngefälle und altersgemässe Abstufungen – die Initiative hat dazu keine Lösung – so war das Verdikt der BDP deutlich: Eine Nein-Parole mit 29:0.

Nationalrat Bernhard Guhl stellte die Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ vor. Das erlassene Gesetz für ein Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverbot sei gut und trete unabhängig von der Initiative so oder so in Kraft. Auch die Initianten finden dieses Gesetz im Ansatz gut. Nur geht es zu wenig weit, weil ein 10 jähriges Berufsverbot für einen Pädophilen zu wenig ist. Ausserdem würden mit dem Gesetz nur Straftäter mit einem Verbot belegt, die auch zu mindestens 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Das geht der BDP zu wenig weit. Mit 27:0 bei drei Enthaltungen fasste die Aargauer BDP eine klare Ja-Parole.

Die Aargauer Volksinitiative für Mundart im Kindergarten sei wohl eher eine politische Forderung als eine von Fachleuten, führte die BDP-Fraktionspräsidentin Maya Bally Frehner aus. Kein einziger Kindergärtner werde heute gezwungen, Standardsprache zu sprechen. Der Regierungsrat habe nach dem Einreichen der Initiative reagiert und den Anteil, den die Lehrpersonen im Kindergarten in Standardsprache sprechen von 50 Prozent auf einen Drittel gesenkt. Diese Praxis habe sich bewährt. Warum etwas Bewährtes umstossen, fanden dann auch die Mitglieder der Aargauer BDP und empfehlen diese Vorlage mit 29:1 zur Ablehnung.

BDP Grossrat Marcel Bruggisser stellte die an der Urne wohl am wenigsten umstrittene Vorlage der medizinischen Grundversorgung vor. Gemäss diesem vom Parlament verabschiedeten Gegenvorschlag zur Initiative zur Hausarztmedizin – welche zurückgezogen wurde – sollen die Probleme im Bereich der medizinischen Grundversorgung im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten rasch angegangen und gelöst werden. Dieser Vorlage stimmten die Anwesenden mit 29:0 bei 3 Enthaltungen zu.

Auskunft:

Bernhard Guhl, 079 337 80 50